

Frage

an Bürgermeisterin Elke Kahr

eingbracht von Gemeinderat **Mag. Philipp Pointner**

in der Gemeinderatssitzung am 19. Oktober 2023

Betreff: **Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus**

Der Überfall der Hamas auf Israel mit der wahllosen Ermordung von Kindern, Frauen und Männern stellt ein Ausmaß der Gewalt dar, dem gegenüber man nicht schweigen kann. Dieser Überfall ist auf das Schärfste zu verurteilen. Dem Staat Israel und seiner durch den bestialischen Terror der Hamas traumatisierten Bevölkerung ist unsere volle Solidarität zuzusichern. Zudem muss die Hamas als das bezeichnet werden, was sie ist: eine antisemitische, menschenverachtende und antidemokratische Terrororganisation, die für das Leid der Israelis und ihrer eigenen Bevölkerung gleichermaßen und einzig und allein verantwortlich ist.

Vonseiten der Grazer Stadtregierung wurde dazu am 13. Oktober auch eine [Erklärung zur Situation in Israel und Gaza](#) von KPÖ, ÖVP, GRÜNE und KFG (einstimmig) im Grazer Stadtsenat beschlossen. Dieser Erklärung schließen wir NEOS uns an, denn sie stellt ein dringend notwendiges Zeichen gegen den abscheulichen Terror der Hamas und ihrer Gräueltaten dar. Man hat sich mühsam auf eine Erklärung geeinigt, die allzu spät erst veröffentlicht wurde.

Aber nicht nur im Nahen Osten, sondern auch bei uns in Graz sind wir mit einem Wiedererstarken des Antisemitismus konfrontiert. Besonders die dokumentierten Vorfälle der vergangenen Jahre geben uns NEOS schon lange Anlass zur Sorge, weshalb wir bereits im Jahr 2021 von der damals regierende ÖVP/FPÖ-Stadtregierung eine [Intensivierung der Maßnahmen gegen den Antisemitismus](#) forderten. Damals wurde unser dringlicher Antrag noch gegen die Stimmen von KPÖ, Grüne, SPÖ und NEOS abgelehnt.

Ganz anders sind die politischen Vorzeichen in diesem Jahr, doch leider müssen wir feststellen, dass auch KPÖ, Grüne und SPÖ in Regierungsverantwortung wenig Ehrgeiz bei der Bekämpfung von Antisemitismus an den Tag legen: Ein wiederum von uns NEOS eingebrachter schriftlicher Antrag zur [Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild](#) aus dem April dieses Jahres wartet - für die Menschenrechtsstadt absolut beschämend - noch immer auf Erledigung.

Doch gerade jetzt ist es höchst an der Zeit, dem wiedererstarkenden Antisemitismus entgegenzuwirken und die in der Erklärung der Stadt Graz zur Situation in Israel und Gaza festgehaltenen Solidarisierung mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung mit konkreten Maßnahmen zu untermauern. Deshalb und im Sinne unserer historischen Verantwortung stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat die

Frage an Bürgermeisterin Elke Kahr:

Sind Sie bereit, bis Ende des Jahres im Grazer Magistrat eine ständige Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus nach Wiener Vorbild einzurichten?